

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Das Blaue Kamel – Berliner Aktionsbündnis für Menschen mit Behinderungen

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078
02 DEUTDEDB110

Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH-Wahl 2026

Berlin, den 14.08.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlkompass einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

„Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?“

In den letzten Jahren hat sich beim inklusiven Arbeitsmarkt zu wenig bewegt. Ein Grund dafür ist, dass Inklusion nicht wirklich als Querschnittsaufgabe über alle Ressorts hinweg gelebt wird. Die Linke Berlin wird deshalb eine gesamtstädtische, ressortübergreifende Initiative für bessere Arbeitsmarktinklusion starten. Konkret wollen wir:

- Das Land geht voran: Wir erhöhen den Anteil von Menschen mit Behinderungen in Ausbildung und Beschäftigung in der Berliner Verwaltung deutlich, bauen Zugangsbarrieren ab, schaffen mehr barrierefreie Arbeitsplätze und bauen alle Dienstgebäude barrierefrei um.

Landeseigene Unternehmen müssen die gesetzliche Beschäftigungsquote vollständig erfüllen.

- Ausgleichsabgabe zweckgerichtet einsetzen: Wir dulden nicht länger, dass die Ausgleichsabgabe von öffentlichen Arbeitgebern als bequemer Ersatz für echte Inklusion genutzt wird. Sie soll gezielt für barrierefreie Arbeitsplätze, Qualifizierung und Assistenz eingesetzt werden.
- Betriebe praktisch entlasten: Wir nutzen alle Möglichkeiten des Landes, um die Nutzung von Budget für Arbeit, Unterstützter Beschäftigung, Assistierter Ausbildung und Jobcoaching zu erleichtern. Kein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis darf an der Berliner Bürokratie scheitern. Auf Bundesebene setzen wir uns für weitere Erleichterungen ein.
- Vergaberecht als Hebel: Wir bauen die sozialen Kriterien im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz aus und machen die Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen ausdrücklich zum Vergabekriterium. Öffentliche Aufträge sollen verstärkt an Inklusionsbetriebe gehen.

„Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?“

Für uns hat Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt immer Vorrang. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wollen wir so weiterentwickeln, dass sie ihrer Aufgabe der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt tatsächlich nachkommen. Dazu gehört für uns:

- Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass auch in den Werkstätten der Mindestlohn gezahlt wird.
- Wir erleichtern die Instrumente, die den Übergang möglich machen: Budget für Arbeit, Budget für Ausbildung, Unterstützte Beschäftigung, Assistierte Ausbildung und Jobcoaching werden bislang viel zu selten genutzt. Das Land nutzt alle Spielräume, um Anträge zu vereinfachen und Verfahren zu beschleunigen.
- Wir stärken die Nachfrageseite: mehr öffentliche Aufträge an Inklusionsbetriebe und zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen als Vergabekriterium bei Aufträgen des Landes.

- Ein Wechsel darf kein persönliches Risiko sein. Übergänge müssen so abgesichert sein, dass niemand aus Angst vor dem Verlust von Ansprüchen in der Werkstatt bleibt.

„In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?“

Menschen ergreifen und behalten Berufe, wenn Bezahlung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen stimmen. Genau dort setzen wir an:

- Ausbildung stärken: Wir fördern die Ausbildung in Pflege- und Heilberufen und wollen, dass der soziale Hintergrund möglichst wenig über den Berufsweg entscheidet.

„Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?“

Selbstbestimmung braucht drei Dinge: verlässliche Assistenz, passenden Wohnraum und echte Mitsprache. Wir wollen:

- Assistenz und Persönliches Budget: Die Nutzung des Persönlichen Budgets im Arbeitgeber*innenmodell schafft einen großen Gewinn an Selbstbestimmtheit. Wir wollen dieses Modell erhalten, erleichtern und perspektivisch ausbauen.
- UN-BRK konsequent umsetzen: Wir treiben die Fortschreibung des Maßnahmenplans zur UN-Behindertenrechtskonvention voran, prüfen die Vereinbarkeit des Berliner Landesrechts mit der UN-BRK und setzen die Ergebnisse des Normenkontrollverfahrens konsequent und systematisch um. Alle Senatsverwaltungen sollen sich verbindlich mit den Ergebnissen des Berliner Teilhabeberichts auseinandersetzen.
- Barrierefreier Wohnraum: Wir bauen den Anteil barrierefreier und barrierearmer Wohnungen deutlich aus, koppeln öffentliche Mittel – Investitionen, Förderprogramme und Vergaben – konsequent an Barrierefreiheit und schaffen eine zentrale Vermittlungsstelle, damit vorhandener barrierefreier Wohnraum auch bei den Menschen ankommt, die ihn brauchen.

- Mitentscheiden können: Wir sichern die Finanzierung des Berliner Behindertenparlaments langfristig ab, sorgen für barrierefreie Übertragungen der BVV-Sitzungen und der Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses, finanzieren die Assistenzleistungen, die für die Ausübung von Ehrenämtern nötig sind und schaffen eine Rechtsgrundlage, um Selbstvertreter*innen mit Behinderungen für Gremienarbeit angemessen zu entschädigen.
- Eingliederungshilfe personenzentriert: Das Bundesteilhabegesetz muss konsequent im Sinne der Leistungsberechtigten umgesetzt werden. Unterstützungsangebote müssen sich am individuellen Bedarf orientieren – nicht an Zuständigkeiten, Haushaltslagen oder vorhandenen Angebotsstrukturen. Das gesetzlich verankerte Wunsch- und Wahlrecht wollen wir konsequent gewährleisten: Leistungsberechtigte müssen selbst entscheiden können, wie und von wem sie unterstützt werden. Dafür braucht es eine bedarfsgerechte Finanzierung, ausreichend Angebote und eine unabhängige Beratung.

„In Berlin dauernungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?“

Unser Ziel ist es, dass alle Berliner*innen barrierefrei, bedienungsfreundlich und direkt mit Behörden und Ämtern kommunizieren können – vor Ort wie digital. Dafür wollen wir:

- Personal dort, wo es fehlt: Die Sozialämter statten wir bedarfsgerecht mit Personal aus, damit Menschen nicht monatelang auf Leistungen warten. Beim Wohngeld – Bearbeitungszeit im Schnitt elf Wochen, in einzelnen Bezirken über 20 Wochen – wollen wir die Bearbeitung effizienter gestalten, eine Entbürokratisierung des Antragsverfahrens prüfen und die Behörden personell verstärken.
- Prozesse verschlanken: Wir geben der Geschäftsprozessoptimierung neuen Schwung, sorgen mit einer organisatorischen Neuaufstellung für professionelles IT-Projektmanagement und setzen das Once-only-Prinzip durch – Daten, die der Verwaltung vorliegen, sollen nicht erneut abgefragt werden. Prioritär digitalisieren wir die 15 meistgebuchten Dienstleistungen.

- Verständlich und zugänglich: Verwaltungsangebote müssen technisch barrierefrei programmiert werden – klare Navigations- und Formularstrukturen, verständliche Sprache und alternative Darstellungen etwa für Screenreader. berlin.de wollen wir in kommunaler Hoheit zur zentralen Service-, Transparenz- und Informationsplattform entwickeln, mit Fokus auf Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit.
- Bezirke handlungsfähig machen: Nach der Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung wollen wir das Finanzierungssystem der Bezirke grundlegend ändern, damit die bezirklichen Ämter – Sozialamt, Wohngeldstelle, Tiefbauamt... – bedarfsgerecht ausgestattet sind.

„Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?“

Jede Stunde, die für Verwendungsnachweise draufgeht, fehlt in der Arbeit mit Menschen. Wir reformieren deshalb zeitnah das Zuwendungsrecht, um die Verwaltung zu entlasten und die administrativen Kosten bei den Trägern spürbar zu senken. Diese Mittel sind in der sozialen Arbeit besser aufgehoben. Daher fördern wir wiederkehrende Bedarfe langfristig statt Jahr für Jahr neu – das reduziert den Verwaltungsaufwand und schafft Planungssicherheit.

„In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?“

Wir bauen bezahlbar und barrierefrei – und zwar in öffentlicher Hand, damit die Wohnungen dauerhaft bezahlbar bleiben:

- Kommunales Wohnungsbauprogramm: Wir führen den landeseigenen Wohnungsunternehmen jährlich bis zu 2 Milliarden Euro Eigenkapital zu und finanzieren damit den Bau von 7.500 kommunalen Wohnungen pro Jahr – über zehn Jahre 75.000 Wohnungen, zu 100 Prozent dauerhaft bezahlbar. Die Mieten staffeln wir abhängig vom Einkommen zwischen 6 und 12 Euro pro Quadratmeter; die Einkommensgrenze legen wir so fest, dass zwei Drittel der Berliner Haushalte berechtigt sind.

- Öffentliches Geld nur für Barrierefreiheit: Investitionen, Förderprogramme und Vergaben koppeln wir konsequent an Barrierefreiheit. Der soziale und gemeinwohlorientierte Wohnungsbau muss von Beginn an barrierefreie und inklusive Wohnangebote schaffen.
- Vorhandenen barrierefreien Wohnraum finden: Wir schaffen eine zentrale Stelle zur Vermittlung von barrierefreiem Wohnraum, damit bestehende Wohnungen an die Menschen vermittelt werden, die tatsächlich Bedarf haben.
- Bestand umbauen: Mit einem neuen Förderprogramm gestalten wir den bedarfsgerechten Umbau von Wohnraum sozial aus und sichern die Bezahlbarkeit über Mietpreis- und Belegungsbindungen ab.

„Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?“

Ein guter Schutz gegen immer weiter steigende Mieten ist ein Mietendeckel. Weil der Bund nicht liefert, handeln wir dort, wo das Land unmittelbar zugreifen kann – bei den rund 400.000 landeseigenen Wohnungen, in denen etwa eine Million Berliner*innen leben:

- Mietendeckel für die landeseigenen Wohnungsunternehmen: Innerhalb der ersten 100 Tage setzen wir per Senatsbeschluss einen einjährigen Mietenstopp durch. Anschließend schreiben wir im Wohnraumversorgungsgesetz fest, dass Mieterhöhungen auf maximal 1 Prozent jährlich begrenzt werden. Überhöhte Mieten, die mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, werden auf Antrag abgesenkt; Wiedervermietungen erfolgen 10 Prozent unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete.
- Keine Zwangsräumungen wegen Mietschulden bei den landeseigenen Unternehmen. Stattdessen werden sozialverträgliche Lösungen gefunden. Die Amtshilfe für Zwangsräumungen wollen wir auf das Nötigste beschränken.
- Landesamt für Mieter*innenschutz: Es verfolgt Mietwucher konsequent und senkt illegal hohe Mieten ab. Mit dem Sicher-Wohnen-Gesetz nehmen wir große private Vermieter in die Pflicht und schaffen Transparenz darüber, wem welche Immobilien in Berlin gehören.
- Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweiten Mietendeckel ein.

„Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in Leichter Sprache zu finden?“

Informationen, die man nicht versteht, sind keine Informationen. Verständliche Sprache gehört für uns zur Grundausstattung staatlicher Kommunikation – nicht zum Zusatzangebot.

- Wir entwickeln berlin.de in kommunaler Hoheit zur zentralen Service-, Transparenz- und Informationsplattform der Stadt und modernisieren sie mit Fokus auf Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit.
- Verwaltungsangebote müssen technisch barrierefrei programmiert werden: klare Navigations- und Formularstrukturen, verständliche Sprache und alternative Darstellungen von Inhalten, etwa für Screenreader.
- Behördliche Kommunikation soll grundsätzlich auch in Einfacher Sprache erfolgen – damit wir alle Menschen erreichen und einbeziehen. Politische Informationen für junge Menschen sollen in Leichter Sprache und in zielgruppengerechten Formaten zur Verfügung stehen. Auch beim Zugang zum Recht bauen wir Informationen in Leichter Sprache und in Fremdsprachen aus.

„Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?“

Für uns gilt klar: Niemand darf bei der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen zur Nutzung digitaler Angebote gezwungen werden. Digitale Angebote können Prozesse vereinfachen, dürfen analoge Zugänge aber nicht ersetzen, solange nicht sichergestellt ist, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen davon profitieren.

Solche Zwänge entstehen in der Praxis schleichend – etwa, wenn Termine ausschließlich online buchbar sind oder analoge Antragswege nur mit erheblichem Mehraufwand möglich sind. Genau das wollen wir abstellen. Verwaltung, Bildung, Kultur und soziale Angebote müssen sowohl online als auch vor Ort zugänglich sein, mit klaren Ansprechpartner*innen und barrierefreien Lösungen.

„Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?“

Ein Inklusionstaxi nutzt nur dann etwas, wenn es dann kommt, wenn man es braucht – und nicht nur dort, wo es sich für die Unternehmen lohnt. Deshalb wollen wir:

- Die spontane Verfügbarkeit von Inklusionstaxen deutlich verbessern und ihre Anschaffung weiterhin fördern.
- Den Sonderfahrdienst bedarfsorientiert ausbauen. Die gestaffelten Eigenanteile für Fahrten mit dem Sonderfahrdienst sowie für Taxifahrten über das Taxikonto entfallen, und den maximalen Erstattungsbetrag für Taxifahrten über das Taxikonto erhöhen wir.
- Den VBB-Begleitservice dauerhaft erhalten und im Mobilitätsgesetz absichern.

„Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?“

Wir teilen das Ziel. An Ampeln wollen wir das Queren der gesamten Straße in einem Zug ermöglichen, um die Bedürfnisse geheingeschränkter Personen besonders zu berücksichtigen. Wir beschließen den in Erarbeitung befindlichen Fußverkehrsplan endlich und setzen ihn mit hoher Priorität um. Aus ihm heraus ermitteln wir örtliche Handlungsprioritäten und Zielgrößen, legen sie fest und setzen sie um – das ist der Ort, an dem verbindliche Fristen für die Hauptstraßen verankert gehören.

- Gemeinsam mit den Bezirken bauen wir Querungshilfen aus: Fußgängerüberwege, Mittelinseln, Gehwegvorstreckungen und durch Poller abgesicherte Flächen.
- Für den Zustand der Gehwege richten wir ein Zustandsregister ein und unterstützen die Bezirke bei der Schadensbehebung. Zusätzlich stärken wir die bezirklichen Tiefbauämter personell – ohne Personal in den Ämtern bleibt jede Frist nur ein Stück Papier.

„Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?“

Jedes Kind hat Anspruch auf einen inklusiven Schulbesuch und das gemeinsame Lernen mit anderen Kindern. Damit dieses Recht in der Praxis besteht, braucht es Konzept, Personal und Geld:

- Landeskonzert schulische Inklusion: Wir legen ein Konzept vor, das über die Wahlperiode hinausweist und darlegt, wie mittelfristig verlässlich der wohnortnahe inklusive Schulbesuch aller Kinder gewährleistet wird. Es enthält die möglichst flächendeckende Herstellung baulicher Barrierefreiheit, wird mit verbindlichen Zielen und Zeiträumen unterlegt, und die notwendigen Investitionsmittel werden in der Finanzplanung des Landes eingestellt.
- Kurzfristige Brücke: Wir realisieren die geplanten 36 inklusiven Schwerpunktschulen und stellen die Investitionsmittel bereit. Der Schwerpunkt liegt auf Plätzen für Geistige Entwicklung und Autismus – dass mehrere Tausend Berliner Kinder und Jugendliche nur verkürzt oder gar nicht beschult werden, ist ein Skandal und nicht hinnehmbar.
- Verbindliche Ausstattungsstandards: Die Zuweisung der Lehrkräftestunden für Förderung und Inklusion muss dem tatsächlichen Bedarf entsprechen, ohne Deckelung und darf nicht für Vertretungsstunden verbraucht werden. Schulen müssen 100 Prozent ihrer Inklusionsstunden tatsächlich zugemessen bekommen; eine bezirkliche Nachsteuerungsreserve kommt hinzu.
- Schulweg: Für die Beförderung von Schüler*innen, die ihre Schule behinderungsbedingt nicht selbstständig erreichen können, verankern wir einen Rechtsanspruch – einschließlich Früh- und Spätmodul der eFöB, Praktika, Ausflügen, Ferienschulen und Schwimmunterricht. Die Kosten erstattet das Land den Bezirken.

„Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?“

Wer die Schule ohne Abschluss verlässt, verliert Chancen fürs ganze Leben. Prüfungen müssen deshalb so gestaltet sein, dass alle teilnehmen können:

- Wir wollen, dass auch Schüler*innen mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen an den Prüfungen zur BBR, zur eBBR und zum MSA teilnehmen können.

- Die Regelungen zum Nachteilsausgleich wollen wir ausweiten – das betrifft Zeitzugaben ebenso wie Formate, Hilfsmittel, Assistenz und die Bereitstellung von Prüfungsmaterialien in barrierefreien Formaten.
- Prüfungen müssen auch in Deutscher Gebärdensprache möglich sein. Für uns gehört dazu, feste Dolmetschendenstellen zu finanzieren, statt sie von Fall zu Fall zu organisieren.
- Wir wollen flexiblere, zeitgemäße Prüfungsformate etablieren und prüfen, die Anzahl der Klassenarbeiten zu reduzieren. Ziffernnoten wollen wir bis einschließlich Klasse 9 durch aussagekräftige mündliche und schriftliche Rückmeldungen ersetzen

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin